

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sozial- und Erzieherberufe deutlich aufwerten und Einkommen von Berliner Erzieher/innen und Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen verbessern!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder für eine deutlich bessere Bezahlung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst einzusetzen.

In diesem Sinne soll der Senat als Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder (TV-L) die Initiative für den Abschluss einer neuen tarifvertraglich geregelten Eingruppierung der Sozial- und Erzieherberufe ergreifen. Ziel muss es sein, den Berufsstand entsprechend den gewachsenen Anforderungen und der großen Verantwortung der pädagogischen Fachkräfte aufzuwerten und die Bezahlung entsprechend zu verbessern.

Darüber hinaus soll der Senat alle Möglichkeiten ausloten, wie unter Nutzung der Erfahrungen Hamburgs andere Wege beschritten werden können, um für Fachkräfte des Sozial- und Erziehungsdienstes in Berlin die Differenz zwischen TVL und TVÖD SuE zu überwinden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 01.10.2018 erstmals zu berichten.

Begründung:

Die Tatsachen sprechen für sich: akuter Fachkräftemangel in Kitas, Horten, Jugendeinrichtungen, in Jugendämtern und in anderen Bereichen der sozialen Infrastruktur der Stadt. Verbesserungen in der Personalausstattung in Kitas und anderen Bereichen können nur schwer realisiert werden, weil Fachpersonal gerade im Bereich der Sozial- und Erzieherberufe fehlt.

Wesentliche Gründe dafür sind die nach wie vor mangelnde öffentliche Anerkennung des Berufsstandes, fehlende Entwicklungsmöglichkeiten und Aufstiegsperspektiven und dem gegenüberstehend wachsende Anforderungen und Verantwortung, die in keinem Verhältnis zur gegenwärtigen Bezahlung stehen.

Im Rahmen des letzten Tarifabschlusses der Tarifgemeinschaft der Länder ist verabredet worden, eine neue Entgelttabelle zu entwickeln und die Anforderungen an den Berufsstand neu zu definieren. So sollen die Voraussetzungen für eine bessere Bezahlung im Bereich der Sozial- und Erzieherberufe geschaffen werden. Der Senat ist aufgefordert, in diesem Sinne tätig zu werden. Er soll als Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder darauf hinwirken, dass die Arbeitgeberseite sich auf geeignete Maßnahmen zur Überwindung der entstandenen Schere in der Bezahlung im Sozial- und Erziehungsdienst verständigt und auf die Tarifpartner zugeht.

Im Sinne der Sicherung des Kitaausbaus und der Qualitätsentwicklung ist eine bessere Bezahlung der Fachkräfte im Land Berlin dringend geboten und überfällig.

Berlin, d. 29. Mai 2018

Saleh Lasić Kühnemann
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Seidel Kittler
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Burkert-Eulitz Remlinger Schillhaneck
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen